sueddeutsche.de Job & Karriere

03.12.2003 10:13 Uhr

Studentenproteste

Das große Einverständnis

Was heißt hier Bildung? Zur Logik der Studentenproteste.
Von Jens Bisky

So gemeingefährlich und unüberlegt die landesweiten Kürzungen der Hochschulausgaben sind, so ratlos stimmen die Bilder der Studentenproteste, open-air-Seminare, Streikposten, Demonstrationen, Bürobesetzungen, Debatten, Lesungen, Mahnwachen. Wofür wird hier gestreikt? „Bildung für alle – und zwar umsonst" heißt es da, oder „Rettet die Bildung". Etwas witziger klingt das Antifa-Plakat: „Bildet Euch, bildet andere, bildet Banden". Vor dem Berliner Roten Rathaus wird in einer Übung zur diskreten Mathematik das „Bankenskandaltheorem" behandelt, im AudiMax der Humboldt-Universität predigen Theologiestudenten gegen Studiengebühren. Die „Grüne Jugend Berlin" hat einen Vorschlag erarbeitet: Man solle Cannabis legalisieren, besteuern und das so gewonnene Geld den Universitäten zu Gute kommen lassen: „Kiffen für die Uni!"

mehr zum Thema

Studenten-Proteste
Leerstühle auf dem Bahnhof Zoo

Bildstrecke
Demos in Berlin und anderswo

Präzise politische Forderungen hat Ende November die Studierendenschaft der Freien Universität beschlossen: 135 000 ausfinanzierte Studienplätze in Berlin (gegenwärtig ist unsicher, ob 85 000 weiter bezahlt werden können), Abschaffung des Numerus Clausus (er ist als Reaktion auf die Kürzungen beinahe überall eingeführt), Erhalt des allgemeinen Gebührenverbots, Demokratisierung der Hochschulen durch viertelparitätisch besetzte Gremien. Die Studenten fügten – alle „Betroffenen" kühn umarmend – hinzu, dass diese Forderungen nicht auf Kosten anderer sozialer Gruppen erfüllt werden dürfen. Keine Kürzung, nirgends!

Gemeinwohl im Nebel

Charmant, witzig, mit viel Energie, fast ohne Revoluzzerfolklore und auffallend sanft – viele der Besetzer trugen Namensschilder – wird hier protestiert. Die Zahl der Sympathisanten ist überwältigend. Kein anderer Streik der vergangenen Jahre ist mit so viel Zustimmung begrüßt worden. Der Präsident der Humboldt-Universität, von den eigenen Studenten regelmäßig harsch attackiert, hat eigens einen Brief an das Lehrpersonal verfasst, dass den Aktiven „keine Nachteile in der Anrechnung des Semesters und beim Zugang zu Prüfungen entstehen sollen". Landespolitiker äußern altväterlich ihr Verständnis für die Proteste – und bleiben hart in der Sache.

Was aber ist unter der „Bildung" zu verstehen, in deren Namen der Wirbel wohl weitergeht, bis die Weihnachtstage das Land zur Einkehr rufen? Das ehrwürdige Wort hat etwas Nebulöses, sicher aber ist, dass irgendwo im Nebel ein Schlaraffenland garantierter staatlicher Versorgung mit Nutzbringendem und Wissenswertem liegt. Es ist in diesen Tagen an den stärksten Affekt der deutschen Öffentlichkeit gekoppelt, an die Angst vor dem Kommenden. Wer – so das Versprechen – heute Bildungsausgaben nicht scheut, schlägt der düsteren Zukunft ein Schnippchen. Wer im Namen der Bildung auftritt, spricht nicht nur für sich, sondern im Namen aller, im Namen des Gemeinwohls. In der Tat gehört zum Begriff der Bildung, dessen Aufstieg begann, als er nach 1806 dem daniederliegenden Staat Preußen wieder aufhelfen sollte, die Überzeugung, der einzelne, von keiner anderen Macht geleitet als der Logik der Wissenschaft, könne dem Gemeinwohl die besten Dienste leisten. Aber gerade eine Diskussion darüber, was Gemeinwohl unter den Bedingungen der Verteilung von Verlusten heißen könnte, findet innerhalb der aktuellen Protestbewegung kaum statt.

Immerhin rechnet die Initiative „WissenSchafftZukunft" zur Unterstützung der Studenten plausibel vor, dass Berlin durch seine Unis nur gewinnt: „Im Jahr 2001 haben allein die drei großen Berliner Universitäten und Universitätsklinika 225,6 Millionen Euro Drittmittel eingeworben. Aufwendungen Berlins für Wissenschaft und Forschung in Höhe von 1,1 Milliarden Euro erzeugen eine regionale Nachfrage von 3,4 Milliarden Euro. Das schafft nicht zuletzt auch Arbeitsplätze. Für die außeruniversitäre Forschung gilt: Wenn Berlin 1

Euro zahlt, kommen durch Drittmitteleinnahmen und durch Kofinanzierung der Bund-Länder-Gemeinschaft noch weitere 4 Euro dazu.“

So kann man auch über VW-Werke oder Chipfabriken sprechen. Nur muss sich die IG Metall, wenn sie zum Streik aufruft, Klientel-Egoismus, volkswirtschaftliche Schäden, Unvernunft vorrechnen lassen. Anders ist es im Fall der Studenten, die als Stellvertreter von Gemeinwohl und Zukunft gelten, während sie doch gerade mit der steuerfinanzierten Gebührenfreiheit ebenfalls ein Privileg verteidigen: eine Umverteilung von den sozial Schwachen zugunsten der lebenslang Besserverdienenden.

Der überwältigende Charme der Studentenproteste verführt dazu, den Konflikt so allgemein zu verhandeln, dass er unlösbar scheint. Zwischen Haushaltsnotlage und Zukunft gibt es keine Kompromisse. Nähme man das Wort Bildung ernst, wäre es kein Universalschlüssel mehr. Dann müssten Lösungen erstritten werden, die die Logik der einzelnen Fächer berücksichtigen. Es geht nicht an, dass das Berliner Seminar für Ästhetik verschwindet, weil zufällig die drei Professoren fast zur gleichen Zeit pensioniert werden. Eine starke Romanistik müsste in Berlin aus den geschrumpften Beständen erst geschaffen werden. Im Fall der Germanistik wiederum wäre eine Zusammenlegung der drei großartigen Institute fatal.

Längst haben die kleinen gemeinen Verteilungskämpfe zwischen den Fächern und Instituten begonnen. Hier die Vernunft an die Stelle des Dienstrechts, der Egoismen und Gremienintrigen zu setzen, würde kein Schlaraffenland verheißen – aber ein bildender Vorgang wäre es allemal.

(SZ vom 3.12.2003)